

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

jetzt in den letzten Adventstagen des Jahres 2016 bringe ich den Haushaltsplanentwurf 2017 ein. Ein umfangreiches Zahlenwerk mit vielen Zahlen und Fakten und mit vielen, mehr oder weniger abgesicherten Prognosen. Eben einen Planentwurf, keinen exakten Fahrplan.

Das für uns nicht nur finanziell schwierige Jahr 2016 geht seinem Ende zu, voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 1,1 Mio. Euro. Das Jahr 2017 wird nach den Einschätzungen unserer Kämmerin mit einem Fehlbedarf von rund 280.000 Euro abschließen. Auch für die nächsten Jahre planen wir mit negativen Ergebnissen, erst in 2020 tritt nach den jetzigen Planungen die Erholung ein. Wie gesagt, eine Einschätzung auf der Grundlage der uns heute vorliegenden Daten. Der Fehlbedarf 2017 wäre noch höher, wenn unsere Einnahmen nicht durch die Rückzahlung aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz und aus Grundstückserlösen gestützt werden würden.

Wie es wirklich weiter geht in diesen Zeiten, die von uns als sehr bewegt, von vielen anderen Menschen gar als unsicher wahrgenommen werden, wissen wir nicht. Sicher ist, dass trotz bundesweit sprudelnder Steuereinnahmen bei den Kommunal финанzen keine Trendwende zu sehen ist, ganz im Gegenteil.

„Die andauernde strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in NRW führt dazu, dass im Jahr 2016 nur 49 Mitglieder des Verbandes einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen können“, beschreibt der Hauptgeschäftsführer unseres Städte- und Gemeindebundes die Situation. Dies bedeute, dass den gesetzlich geforderten Normalfall nur etwa jede siebte Mitgliedskommune erreichen könne. Alle anderen Kommunen schafften den Haushaltsausgleich nur, indem sie ihr Eigenkapital aufzehrten.

Bei der jährlichen Haushaltsumfrage, an der sich alle 359 kreisangehörigen Mitgliedskommunen beteiligten, wurde der Abbau der Ausgleichsrücklage - der Anteil des Eigenkapitals, der im NKF zum fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann - sowie des Eigenkapitals allgemein abgefragt. Bis Ende 2016 werden 259 NRW-Mitgliedstädte und -gemeinden ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht haben.

Für 2017 erwarten dies 29 Kommunen und für die drei Folgejahre noch einmal 39 Kommunen. Dies bedeutet, dass im Finanzplanungszeitraum 298 der 359 Mitgliedskommunen - gut 83 Prozent - ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht haben werden. 19 Kommunen haben bereits jetzt das Eigenkapital vollständig aufgezehrt, eine weitere Kommune erwartet die Überschuldung bis 2018.

In der Stadt Billerbeck zeichnet sich die Finanzlage nicht so dramatisch ab, wie in den meisten anderen Kommunen. Auch sie knabbert mit jedem negativen Jahresergebnis die Ausgleichsrücklage an.

Die Stadt Billerbeck ist nach wie vor bis 2020 abundant, das bedeutet, sie bekommt wegen ihrer hohen Steuerkraft keinerlei allgemeine Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Und das unabhängig davon, ob wir ein Defizit ausweisen oder nicht. 2016 mussten wir rund 300.000 Euro als Solidaritätsumlage in den Stärkungspakt Stadtfinanzen zahlen. In 2017 werden es knapp 43.000 Euro sein.

Ich wiederhole mich Jahr für Jahr: Der Finanzausgleich des Landes sorgt nicht dafür, dass die Kommunen ausreichend Mittel für die Erledigung ihrer Pflichtaufgaben, geschweige denn für einen angemessenen Bereich an freiwilligen Aufgaben haben.

Und noch eine Wiederholung: Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen immer mehr Aufgaben von Bund und Land übernehmen, ohne dass es eine vollständige Kostenübernahme gibt.

Ein besonders drastisches Beispiel ist die Kinderbetreuung. Der Bund hat den Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr beschlossen. Über das Kinderbildungsgesetz des Landes (KIBIZ) wird die Übernahme der laufenden Kosten geregelt. Doch Kommunen und Träger können eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen nicht zur Verfügung stellen, ohne selbst in jedem Jahr tiefer in die Tasche zu greifen. Bund und Land stellen bei weitem keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Das belastet unsere kommunalen Haushalte von Jahr zu Jahr mehr.

Die Versorgung und Integration von Flüchtlingen, die im Wesentlichen von uns Städten und Gemeinden zu schultern ist, gehört sicherlich zu den größten Herausforderungen, die in den letzten Jahrzehnten zu leisten war. Ich bin sehr stolz auf den großen Zusammenhalt in der Bevölkerung und auch auf die gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung. Ich möchte mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken.

Es ist uns gelungen, die geflüchteten Menschen in verschiedenen Unterkünften zu verteilen. Über ein umfangreiches ehrenamtliches Engagement in Zusam-

menarbeit mit hervorragendem Einsatz des Hauptamtes, sind wir auf einem guten Weg. Nach der ersten Versorgung und dem Ankommen ist die Integration eine große Aufgabe, an der wir gemeinsam arbeiten. Derzeit wohnen 210 Flüchtlinge in Billerbeck. Die Anzahl hat sich durch freiwillige Ausreisen, durch Abschiebungen und durch Wegzug nach der Anerkennung reduziert. 84 Flüchtlinge sind derzeit anerkannt und gehen in den Rechtskreis SGB II über. 126 befinden sich noch im Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes, davon kommen 65 aus Staaten mit einer hohen Bleiberechtswahrscheinlichkeit.

Dass die Bewältigung der daraus entstehenden Aufgaben auch eine hohe finanzielle Belastung darstellt, steht außer Frage. Gut, dass der Bund nun eine Integrationspauschale an die Länder auszahlen will. Doch auch hier wäre Nachbesserungsbedarf, da die Beteiligung des Bundes an den Kosten dann immer noch unter 50 Prozent bleibt. Wenn aber das Land NRW diese Pauschale nicht an die Kommunen weiterleiten will, frage ich mich, ob das Engagement hier vor Ort wirklich so geschätzt wird, wie allseits beteuert.

Während z.B. bayerische Kommunen jeden Euro ersetzt bekommen, sieht es in NRW ganz anders aus. Erst ab 2017 wird es einen Betrag in Höhe von 866 Euro im Monat für jeden Flüchtling geben, der die uns direkt entstehenden Kosten decken wird. Die tatsächlichen Kosten der Integration werden nach wie vor höher liegen. Sie sind zum Teil noch gar nicht zu beziffern. Hier brauchen die Kommunen dringend Unterstützung von Land und Bund. Es ist unabdingbar, dass uns die langfristige Integration gelingt und sie kann auch nur hier vor Ort geleistet werden.

Allein diese beiden Beispiele zeigen, wie schwierig die Planung bei uns hier vor Ort ist. Es ist wichtig, auf diese Thematik immer wieder hinzuweisen. Unsere Arbeit vor Ort aber bleibt.

Gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern wollen wir unsere Stadt gestalten. Daher lassen Sie uns mit Mut das Machbare umsetzen und mit Blick auf die Zukunft realistisch-optimistisch planen, entscheiden und bauen.

Nach wie vor können wir auf eine Vielzahl von leistungsfähigen Betrieben setzen, meistens Familienunternehmen, die unserer Stadt stark verbunden sind. Deren Steuerzahlungen sind in der Systematik des kommunalen Finanzausgleiches unser Rückgrat.

Wir rechnen vorsichtig in 2017 mit Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 6 Mio. Euro. Die zweitgrößte Einnahmequelle liegt mit 5,5 Mio Euro beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer. Um so leistungsfähig zu sein, brauchen unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Betriebe einen Rahmen. Die sog. „weichen Faktoren“ gewinnen immer mehr an Bedeutung. So wünschen sich

die Menschen Familienfreundlichkeit, ein gutes Kinderbetreuungs- und Schulangebot und natürlich auch Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, wie z.B. in den Bereichen Sport und Kultur. Darauf müssen wir gut achten.

Verwaltungsseitig haben wir vorgeschlagen, die Hebesätze der Grundsteuern auf die sog. fiktiven Hebesätze zu erhöhen. Das macht zwar „nur“ eine Mehreinnahme in Höhe von 42.800 Euro aus, bedeutet aber auch, dass die Stadt im Bereich der Grundsteuer B mit der tatsächlichen und nicht mit einer fiktiv höheren Steuerkraft am Finanzausgleich teilnimmt und dabei Kreisumlage und weitere Umlagen erspart.

Voraussichtlich wird der Rat unserem Verwaltungsvorschlag heute nicht folgen und es bei den Sätzen belassen. Wir müssen uns aber immer vor Augen führen, dass wir die hier in Billerbeck gesetzten Standards auch dauerhaft finanzieren müssen und wir dabei auf Einnahmen angewiesen sind.

Bei den Aufwendungen ist nach wie vor die Kreisumlage der größte Posten. Kreis- und Jugendamtsumlage machen zusammen einen Betrag in Höhe von 6,8 Mio. Euro aus. Billerbeck zahlt aufgrund der gesunkenen Gewerbesteuererinnahmen gut 1,1 Mio. Euro weniger. Da auch der Kreis zur kommunalen Familie gehört, gilt auch für ihn, was ich eingangs schon angeführt habe. Es gibt immer neue Aufgaben ohne adäquate Gegenfinanzierung. Daher nützt uns eine schwarze Null in Berlin herzlich wenig, wenn die Kosten auf uns abgewälzt werden.

Der Bereich der Personalkosten steigt leicht an. Mehraufwendungen im Bereich Flüchtlingsbetreuung, Tarifsteigerungen und eine neue Entgeltgeldordnung sind die Gründe.

Alle umfangreichen Projekte der vergangenen Jahre und auch des Jahres 2017 wurden und werden mit dem bestehenden Mitarbeiterstamm vorbereitet und durchgeführt. Dies ist immer wieder ein großer Kraftakt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn dieses Niveau zukünftig gehalten werden soll, kann dies nur geleistet werden, wenn passgenau Stellenanteile aufgestockt werden können. Bereits in 2017 werden wir erstmals zwei junge Auszubildende einstellen, um sie zu Verwaltungsfachangestellten auszubilden. Angesichts der Altersstruktur und der Fülle der Aufgaben ist dies erforderlich.

Und was schlagen wir für 2017 vor? In der Position Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke wird die mehrfach verschobene Maßnahme Sanierung des Denkmals Ludgeri-Grundschule verplant.

Im Bereich Aufwendungen sonstige Dienstleistungen werden die Projekte „Wohnen mit (Mehr)Wert“ und Citymanagement verplant.

In der Übersicht über die Investitionsmaßnahmen werden die Schwerpunkte unseres Handelns im nächsten Jahr deutlich.

Die Maßnahmen unseres Integrierten Handlungskonzeptes Barrierefreie Innenstadt, einschließlich der Verlegung von Glasfaserkabeln, finden sich dort genauso wieder, wie die Planungskosten für die Modernisierung des Feuerwehrgärtehauses und die Verlegung des Bauhofes. Auch die Kosten für den Bau des Bürgerweges entlang der L 506 sind veranschlagt. In 2017 verwirklicht werden soll die bereits beschlossene Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Neuen Friedhof. Froh sind wir darüber, dass wir die Anbindung an den beliebten Radweg Radbahn an unser Stadtzentrum, über das Förderprogramm Fahrradstraßen, realisieren können. Auch der Lutumer Fußweg soll, dann natürlich als fußläufige Anbindung, realisiert werden. In die Wirtschaftswege wird ebenfalls wieder finanziert. Das gemeinsam mit den Landwirtschaftlichen Ortsvereinen, dem Initiativkreis Außenbereich und der Politik entwickelte Projekt der Finanzierung, das aus allgemeinen Haushaltsmitteln, Mitteln aus der Grundsteuer A und Anliegerbeteiligung, kommt gut an. Der erste Weg im Bereich Rosengarten ist bald fertig, der nächste wird folgen. Aus meiner Sicht eine Erfolgsgeschichte.

Nicht die Finanzierung, aber die Zusammenarbeit lässt sich aus meiner Sicht übertragen auf das Thema der Nutzung der Wegeseitenränder. Derzeit informiert das Naturschutzzentrum auf den Generalversammlungen der Vereine. Dann würde ich gerne alle Beteiligten an einen Tisch bringen, um gemeinsam abzustimmen, wie wir im Sinne des Artenschutzes gemeinsam vorgehen. Und auf jeden Fall wollen wir in 2017 mit Musterflächen beginnen. Wie bei vielen anderen Themen auch, brauchen wir hier eine Strategie, die die Beteiligten mit einbezieht. In diesem Zusammenhang passt auch die Strategie, auf den Beeten im Innenstadtbereich stärker auf Staudenanpflanzungen, anstatt auf Einjahres-Blüher, zu setzen.

Neben der Erneuerung der Tartanbahn im Sportzentrum Helker Berg stehen weitere richtungsweisende Investitionen im Haushaltsplan 2017. Im kleinen Baugebiet Wüllen II werden die Erschließungsstraßen gebaut, für das sich anschließende große Baugebiet Buschenkamp soll der erste Schritt der Verkehrsanbindung über die Berkel getan werden.

Nachdem die kleinen Wohngebiete Austenkamp, Auf dem Berge und dann auch Wüllen II Formen annehmen, sehen wir erfreut, dass die Nachfrage nach Baugrundstücken in Billerbeck ungebrochen ist. Sicher ist das niedrige Zinsniveau ein wichtiger Faktor. Zunehmend wird uns von den Bauwilligen berichtet, dass sie gerne nach Billerbeck ziehen möchten, weil sie hier eine funktionierende kleinstädtische Struktur mit hochwertigen Angeboten vorfinden. Das zeigt uns, dass die Investitionen aus der Vergangenheit richtig waren.

Mit unserer Ludgeri-Grundschule, einer NRW weit großen Schule mit zwei Standorten und unserer Gemeinschaftsschule, die pädagogisch und räumlich sehr gut aufgestellt sind, können wir auf ein, für eine Stadt unser Größe, sehr gutes Schulangebot verweisen. Unsere Kindertageseinrichtungen sind ebenfalls über die privaten Träger gut aufgestellt. Weitere Gruppen müssen jetzt folgen, die die Anzahl der Kinder über steigende Geburtenzahlen und Wanderungsgewinne und auch die Nachfrage jüngerer Kinder zunimmt. Ich wünsche mir sehr, dass wir bei der inhaltlichen und räumlichen Weiterentwicklung dieser Angebote Wege finden, die von einem breiten Konsens getragen sind und vor allem die Belange der Beteiligten berücksichtigen.

Was uns im Bereich des Zuzugs der Flüchtlinge gelungen ist - ein Schulter-schluss aller Entscheidungs- und Aufgabenträger zum Wohle der Sache – sollte uns in den Bereichen Kindergarten/Schule genauso gelingen, wie in dem ebenso wichtigen Bereich Innenstadtentwicklung.

Derzeit investieren wir Ideen, Zeit und Geld, in unsere Innenstadt, um sie zu einer „Stadt für Alle“ werden zu lassen. Der Stadtraum wird zu einem echten Juwel. Nun geht es darum, was sonst noch so in unserer Innenstadt passiert. Menschen wohnen dort, wollen verweilen, essen, trinken, schauen und auch einkaufen. Wir wissen alle, dass sich unsere Stadt verändern wird. Die Zeiten, dass aus jeder Familie täglich ein Mitglied – zumeist die Mutter – in die Stadt ging oder fuhr, um fürs Mittagessen einzukaufen und ergänzende Besorgungen zu machen, sind lange vorbei. Das Citymanagement ergründet derzeit mit interessierten Billerbeckerinnen und Billerbeckern, was denn der Markenkern Billerbecks wirklich ist. Nicht, was man sich wünscht oder herbeisehnt, sondern jetzt schon ist und ausstrahlt. An diesem Markenkern müssen wir uns dann mit unseren Entscheidungen orientieren. Dabei geht es nicht um die Maximierung von Gewinnmargen für Handelskonzerne gleich welcher Art, sondern um die langfristige Entwicklung unserer Stadt.

Das sollten wir uns genau anschauen und immer die Folgen unseres Weges bedenken. Wir benötigen gerade in diesem Aufgabenfeld eine Verlässlichkeit von Politik und Verwaltung, eine wichtige Grundlage für geplante Investitionen und Ansiedlungen.

Ich freue mich sehr, dass mit Konzepten wie dem Domkontor, dem Weltladen und auch dem Integrationsprojekt „EinLaden“ ganz besondere Angebote gemacht werden, die neben unseren Inhaber geführten Fachgeschäften ein stimmiges Ganzes bilden. Für eine erhebliche Verbesserung der Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger sorgt unser Bürgerbus-Verein, der seit April 2016 bereits 3000 Fahrgäste befördert hat. Eine Erfolgsgeschichte, wie vieles in Billerbeck.

Wer tiefer in das Zahlenwerk unseres Haushaltsentwurfes 2017 einsteigt, wird schnell erkennen, dass wir Jahr für Jahr unsere Ausgleichsrücklage weiter aufzehren. Auch wenn der jetzt geplante Jahresfehlbedarf erst einmal niemanden schreckt, unsere Stadtfinanzen stehen auf tönernen Füßen. Das muss uns allen bewusst sein. Es gibt Dinge, die müssen wir uns leisten, weil wir uns strategisch weiterentwickeln müssen. Wunschkonzerte können wir allerdings nicht bedienen.

Wir haben in den vergangenen Jahren stets unsere Schulden abgebaut. Das wird uns derzeit nicht gelingen. Da die Fördermittel für die Flüchtlingsunterkünfte auf Darlehensbasis vergeben werden, werden diese Darlehen in unserer Bilanz auftauchen. Auch der neue Fördertopf „Gute Schule“ wird unseren Schuldenstand belasten. Nachdem bereits in den vergangenen Jahren die städtischen Immobilien, sowohl mit eigenen Mitteln, als auch mit Mitteln aus dem Konjunkturförderpaket saniert wurden, besteht nun die Möglichkeit, weitere notwendige Sanierungen durchzuführen. Die Landesregierung hat in Verbindung mit der NRW Bank das Förderprogramm „NRW.BANK. Gute Schule 2020“ zur langfristigen Finanzierung kommunaler Investitionen in die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur beschlossen. Die Kredite muss die Kommune aufnehmen und dementsprechend auch in ihrer Satzung verankern. Das Land NRW wird allerdings in der für die Kommunen alle Tilgungs- und evtl. Zinszahlungen leisten. Aus der Anlage zum Gesetzesentwurf ergibt sich, dass die Stadt Billerbeck insgesamt ein zinsloses Kreditkontingent von rd. 460.000 € für die Jahre 2017 – 2020 erhalten kann. Das jährliche Kreditkontingent beträgt somit rd. 115.000 €. In einem Jahr nicht abgerufene Mittel können max. ein Jahr vorgetragen werden, danach verfallen sie. Weitere Informationen sind noch nicht bekannt. Der Schulausschuss wird sich in seiner Januar-Sitzung damit befassen, welche Maßnahmen aus diesem Programm durchgeführt werden sollen.

So müssen wir nun unseren Schuldenstand differenziert betrachten. Ohne die Förderdarlehen beträgt der Schuldenstand 3,5 Mio. Euro, das sind je Einwohner 303,16 Euro. In 2016 waren es noch 322,89 €. Mit den Förderdarlehen für die Flüchtlingsunterkünfte beläuft sich der Schuldenstand auf 5,6 Mio Euro, das sind je Einwohner 485,59 Euro.

Da versöhnt der Blick auf unsere Liquidität. Kassenkredite benötigen wir nicht, wir sind jederzeit zahlungsfähig.

Auch wenn böse Zungen behaupten, als Bürgermeisterin wolle ich jeden Fördertopf anzapfen. Ja, das ist so und das muss auch so sein. Wir wollen über die Generierung von Fördermitteln, die Belastung für unseren Haushalt reduzieren.

Natürlich nur für die Maßnahmen, die für unsere Stadt wichtig und richtig sind. Nur so können wir die Ausgleichsrücklage schonen und handlungsfähig bleiben.

„Wir brauchen eine Revolution unseres Denkens. Sie muss uns aus der Rolle der Untertanen befreien, in der wir die Verantwortung für unser Dorf, unser Land und unser Gemeinwesen dem Staat überlassen und ihm dafür einen Teil unserer Freiheit übertragen. Diese Erneuerung muss von unten kommen: von den Kommunen.“, schreibt Kurt Biedenkopf. Und weiter: „Die Kommunen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Ohne Verantwortung keine Freiheit. Sie müssen darauf bestehen, ihre Aufgaben mit eigenen Einnahmen selbst zu finanzieren. Sie sollten Aufgaben von oben nur übernehmen, wenn diese auch von oben finanziert werden und ihre Bürger mitbestimmen können.“ Denn in den Kommunen spiegele sich die Vielfalt unserer Gesellschaft wieder, sie dürften nicht der verlängerte Arm der nächst höheren staatlichen Ebene sein. Daher haben wir hier in unserer Stadt eine ganz besondere Verantwortung, der wir uns alle wohl bewusst sind.

Daher müssen wir gemeinsam nicht von den Wünschen ausgehen, sondern von der Wirklichkeit, den vorhandenen Ressourcen und der absehbaren Zukunft. Wir müssen Prioritäten setzen und aufzeigen, wo Forderungen an Grenzen stoßen. Deshalb muss es am Ende Begrenzungen geben, eine schwierige Aufgabe, der wir nur mit Klarheit, Wahrheit und Standvermögen gerecht werden.

In diesem Jahr haben wir zum ersten Male einen „Taschenhaushalt“ entwickelt. So kann jeder, der Interesse hat, unsere Haushaltsdaten komprimiert nachlesen.

Mein ganz besonderer Dank gilt heute Abend unserer Kämmerin Marion Lamers und ihrem ganzen Team. Es ist sehr viel Arbeit, einen Haushaltsplan aufzustellen, vor allem wenn sich die Rahmenbedingungen ständig ändern. Wir können stolz darauf verweisen, dass wir mit den Jahresabschlüssen mittlerweile im Plan sind und auch die Konzernabschlüsse folgen. Ganz herzlichen Dank.

Nach besinnlichen Weihnachtsfeiertagen und einem hoffentlich guten Rutsch ins neue Jahr, gehen sie, verehrte Mitglieder des Rates, in die Haushaltsplanberatungen. Wir stehen jederzeit für vertiefende Informationen zur Verfügung. Ich wünsche uns allen konstruktive Beratungen. Herzlichen Dank.